

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verzins-Anzeigen  
für die dreigespaltene Zeitspalte oder deren Raum 30 A.

## Verbandskollegen! Zahlet den Extrabeitrag pünktlich! Die Zahlung fällt Euch dann leichter!

**Inhalt:** Den Zweiflern. — Die antisozialreformatorische Propaganda. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus anderen Verufen. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

### Den Zweiflern.

Nur alle bedeutenderen Zweigvereine haben sich in den letzten Wochen mit den ausgeschriebenen Extrabeiträgen beschäftigt. Zwar ist uns bisher nur von einem kleinen Teile der Vereine über die Besannungen berichtet worden; aber trotzdem läßt sich schon heute ein Urteil darüber fällen, wie die Kollegenschaft diese Maßnahme aufgenommen hat. In ihrer überwiegenden Mehrheit hat sie die Stellung eingenommen, die wir von vornherein bei ihr vorausgesetzt hatten: Sie hat die Notwendigkeit größerer Kräftigungen erkannt und hält es darum für selbstverständlich, daß jedes Mitglied pflichtgemäß seine Schuldigkeit tut.

Die Tatsache, daß diese Einsicht in so großen Kreisen der Verbandsmitglieder vorhanden ist, verdient von uns mit Genugtuung konstatiert zu werden, denn sie zeugt davon, daß die Kollegen die Entwicklung der Arbeitskämpfe wohl beachtet haben, eine Entwicklung, auf die wir so oft an dieser Stelle hingewiesen haben. Wenn man auch die Ergebnisse dieser Entwicklung leicht ohne weiteres erkennen kann, so gehört doch zu ihrer Würdigung als eine Teilerleuchtung des großen Klassenkampfes unserer Zeit, als ein ganz natürliches Produkt der Klassenengegenseite, das historisch ebenso unvermeidlich wie notwendig ist, ein gewisser Fonds theoretischen Wissens. Des theoretische Wissen, diese tiefere Einsicht in die wirkenden Kräfte unseres Wirtschaftslebens, kommt aber nicht wie eine höhere Eingebung plötzlich über die Massen, es kann vielmehr nur durch gründliches Lernen erworben werden. Man kann es darum eigentlich nur dort voraussetzen, wo die Arbeiterbewegung bereits über ein gewisses Alter verfügt, wo die Kollegen schon lange Gelegenheit hatten, sich durch das Lesen der Arbeiterpresse und durch die fleißige Benutzung anderer von unserer Bewegung gebotenen Bildungsmöglichkeiten zu unterrichten.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, konnten wir mit Gewißheit annehmen, daß man die Situation richtig beurteilen würde. Darin haben wir uns auch nicht getäuscht. Freilich, in einigen Ausnahmefällen, — wir wollen die Orte nicht nennen, denn die Kollegen können sie ja aus den Besannungsberichten, die in dieser Zeit im „Grundstein“ erschienen sind, selber herausfinden — haben Kollegen, teilweise sogar ganze Zweigvereine, die man zum alten Verstande unserer Organisation zählen muß, einen bestänndig rückständigen Standpunkt eingenommen. Außerdem ist wieder von Zweigvereinen, die erst jetzt wenigen Jahren als ganze Organisationen anzusehen sind, ein erfreulich hohes Maß von Einsicht bezeugt worden. Mit den Gründern, die man hier und da gegen die Extrabeiträge vorbrachte, müssen wir uns etwas näher beschäftigen. Wir sehen dabei voraus, daß die betreffenden Kollegen einer sachlichen Belehrung zugänglich sind; für solche, die sich nicht belehren lassen wollen, sind diese Zeilen nicht geschrieben.

Einer der Einwände gegen die Extrabeiträge ist der, daß sie zur Zeit nicht nötig seien; der Verband könne auch ohne sie seine Kämpfe so wie seither führen. Gewöhnlich führt man dann die Millionen des Verbandes an, die man scheinbar für einen unausschöpflichen Brunnen ansieht. In einer Art haben die Kollegen recht; das Verbandsvermögen würde vielleicht genügen, die Kämpfe wie seither zu führen. Aber des Pudels Kern ist ja gerade, daß die Kämpfe der nächsten Jahre eben anders als seither geführt werden müssen. Gerade weil sich das Wesen der Arbeitskämpfe ganz anders gestaltet hat und noch gestaltet, muß sich die Arbeiterschaft in erhöhtem Maße kampffähig machen. Das Charakteristische an dieser Entwicklung ist, daß sie die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in 20, 60 oder 100 Orten zum Gegenstand einer einzigen Bewegung macht. Früher beschränkten sich unsere Kämpfe auf den einzelnen Ort, wir konnten uns alle Vorteile dieses zerstreuten Kleinkrieges zu nütze machen; in Zukunft aber wird über eine Vielheit von Orten in einem Schlage entschieden werden. Für die großen Tarifgebiete wird es keine Teilentscheidungen geben; die Frage: Tarifabschluß oder Kampf — wird für die Gesamtheit des Tarifgebietes entschieden werden. Ist es noch notwendig, darzutun, um wieviel schwerer diese Kämpfe werden? Erheischt es z. B. noch Ausführungen darüber, wie schwer es im Kampffalle ist, Tausende von Streikenden in kampffreie Gebiete abzuschleichen? Wir dächten, jeder Kollege, der sich diese Entwicklung der Arbeitskämpfe betrachtet und ihre Bedeutung für die Arbeiterorganisation begreift, wird auch einsehen, daß wir nicht länger säumen dürfen, um unsere Kräftigung für diese Kämpfe der Zukunft nach Kräften zu vervollständigen. Wenn das jemals not tat, dann heute.

Daneben laufen auch Beschwerden über die „zu hohen Beiträge“. Es ist nun gewiß zuzugeben, daß es manchem Kollegen schwer fallen wird, neben den ordentlichen Beiträgen auch noch den Extrabeitrag zu zahlen. Darüber ist sich jeder klar. Auch der ordentliche Verbandsbeitrag wird manchmal nur widerwillig gezahlt. Die Entlohnung vieler Kollegen ist eben noch immer in vielen Orten so niedrig, daß jeder Groschen dreimal umgedreht werden muß, ehe er ausgegeben wird. Darauf ist nun durch die Staffellung der ordentlichen wie der Extrabeiträge soweit Rücksicht genommen, wie es eben möglich war. Daß auch dabei noch keine Ungleichheiten sind, ist freilich richtig, sie lassen sich aber nicht ganz vermeiden. Dann darf aber auch nicht übersehen werden, daß diese Klagen über die zu hohen Beiträge meistens von Leuten kommen, denen eben jede Leistung für die Organisation eine äußerst unangenehme Sache ist. Daß die Organisation Lohn-erhöhungen durchsetzt, finden sie ganz in Ordnung; aber die verwünschten Beiträge! Wir sind überzeugt, daß das Gros der Kollegen diese Leute, die man ja überall genau kennt, recht energisch in die Schranken zurückweist; sobald sie etwa allzu dreist auftreten sollten. Die Klagen über die Höhe der Beiträge sind aber auch im allgemeinen gar nicht gerechtfertigt. Eine ganze Reihe anderer Verbände stellt weit größere Anforderungen an ihre Mitglieder als der Maurerverband. Wir erinnern daran, daß der Verband der Bauhilfsarbeiter auf seinem letzten Verbandstage eine durchgehende Erhöhung seiner Beiträge um 10 A pro Woche vorgenommen hat. Der Verband der christlichen Bau-

handwerker hat ebenfalls auf seinem letzten Verbandstage einen Extrabeitrag beschlossen, der nur ganz wenig hinter unsern Sähen zurückbleibt. Und sollen wir noch daran erinnern, wie erhehend die deutschen Holzarbeiter freiwillig ihre Opferwilligkeit bekundeten, als ihre Kollegen in Berlin und anderen Orten schwer mit dem Unternehmertum rangen! Ein Gefühl der Scham beschleicht uns, daß wir das zu diesem Zwecke schreiben müssen. Die Berliner Kollegen zahlen, soweit sie zu den neuen Bedingungen arbeiten, einen Streikbeitrag von sechs Mark pro Woche, und andere Kollegen, die sich seit Jahren im Frieden eines guten Lohnes erfreuen, jammern über die 60 A, die sie zehn Wochen hindurch mehr zahlen sollen! Es wäre wahrlich beschämend, wenn der Extrabeitrag auf größere Schwierigkeiten stoßen würde. Bisher haben sich alle Opfer, die die deutschen Maurer bringen mußten, trefflich bewährt. Raum ein anderer Beruf kann sich mit seinen Erfolgen auf wirtschaftlichem Gebiet mit uns messen; bis in die kleinsten Orte hinein erstreckt sich die Kulturarbeit unserer Organisation. Es gibt wohl nur noch wenige Maurer in Deutschland, die dem Verbandsbeitrag nicht eine mehr oder minder erhebliche Steigerung ihres Einkommens zu danken hätten. In den letzten zehn Jahren konnte der Verbandsvorstand Jahr um Jahr von vielen hundert Orten berichten, wo durch das Eingreifen der Organisation für viele Tausende der Lohn erhöht und die Arbeitszeit verkürzt wurde. Auch die letzten sechs Monate, die erste Hälfte des laufenden Jahres, haben wieder einen kräftigen Aufschwung gebracht.

Für rund 14.000 Kollegen in 133 Lohnbezirken wurde eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich dreieinhalb Stunden pro Woche und für rund 51.000 Kollegen eine Lohnerrhöhung von durchschnittlich 5 A pro Stunde erreicht.

Diese Errungenschaften, die den früheren durchaus ebenbürtig sind, waren selbstverständlich nur möglich, weil die Kollegenschaft bisher niemals irgendwelche Opfer gescheut hat. Gätte sie sich fürchtam um diese Opfer herumgedrückt, so wären wir heute noch was wir früher waren: eine geknechtete, schlecht behandelte und noch schlechter bezahlte Masse rechtloser Arbeitsmaschinen. So aber haben die Selber, die der einzelne Kollege für die Gesamtheit opferte, den Aufstieg der Bauarbeiterchaft aus den Tiefen menschlichen Elends zu einer besseren Lebenshaltung bewirkt, die wenigstens doch schon die Ansätze zu einem wahrhaft menschlichen Leben erkennen läßt. Wer nicht will, daß diese Aufwärtsbewegung einer ganzen Arbeiterschaft erstarren soll, erstarren gerade in dem Zeitpunkt, wo sich die gewaltigsten und folgenreichsten Entscheidungen zusammenbringen, der fräube sich nicht gegen eine Maßnahme, die die zur Leitung der Organisation berufenen Körperschaften im Sinne eines großen Pflichtgefühls getroffen haben.

Völlig verkehrt und gerade kein Zeichen sachlichen Denkens ist der Vergleich der Organisationsbeiträge mit den Steuern und Abgaben, die der heutige Staat von uns fordert. Die Steuern zahlen wir einem Staat, der der Sachwalter unserer Gegner, der herrschenden Klassen, ist, der die von uns aufgedrachten Summen zum großen Teil gegen uns verwendet. Unsere Organisationssteuern werden verwaltet von einer Körperschaft,

die aus unserer freien Wahl hervorgegangen ist, deren Verhältnis zu uns durch das gegenseitige Vertrauen geregelt wird. Und die Summen werden nicht gegen uns, sondern für uns, für unsere materielle Wohlfahrt verwendet. Wir meinen, daß dieser Unterschied so gewaltig ist, daß er von Leuten, die in dieser Sache das Wort glauben ergreifen zu müssen, nicht übersehen werden dürfte.

Eigentümlicherweise hat man auch noch das „demokratische Prinzip“ gegen den Extrabeitrag ins Feld geführt. Ausgerechnet das demokratische Prinzip, wo die Ausschreibung der Extrabeiträge auf einen einmütigen Beschluß des Kölner Verbandstages erfolgte, nachdem sich bereits im vorigen Herbst mehr als 600 Versammlungen für erhöhte Leistungen ausgesprochen hatten! Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wie überall, so auch hier, dem demokratischen Prinzip in vollem Umfang genügt worden ist. Sechs Monate lang haben alle Verbandsmitglieder Gelegenheit gehabt, sich zu der Frage des Extrabeitrages zu äußern, und in dieser ganzen Zeit ist nicht eine Stimme laut geworden, die dagegen gewesen wäre. Auch der neue Absatz 4 im § 19 des Statuts hat acht Wochen lang zur Diskussion gestanden, ohne daß irgendwelche Neuänderungen dagegen bekannt geworden wären. Was soll nun heute das Gerede von der Verletzung des demokratischen Prinzips durch diesen „Diktaturparagrafen“, wie das hübste Schlagwort lautet? Möchten sich doch jene Kollegen einmal über das Wesen der Demokratie klar werden! Möchten sie sich auch einmal klar werden über die Lebensbedingungen einer großen Kampforganisation, die mit ebenbürtigen Gegnern im Felde steht! In jeder Massenorganisation entwickelt sich die Demokratie zum Repräsentativsystem, d. h. zur Bildung von aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Ausschüssen, denen die Leitung und Verwaltung des Ganzen obliegt. Genau so ist es in unserer Organisation und unter diesen Bedingungen ist die Frage des Extrabeitrages entschieden und geregelt worden.

Aber noch ein Wort an jene irrenden Verehrer des demokratischen Prinzips. Sie glauben dem demokratischen Prinzip zu nützen; in Wirklichkeit aber läuft ihr Streben, das in diesem Falle im Schelten über den Extrabeitrag besteht, darauf hinaus, auf einem außerordentlich wichtigen Gebiet, nämlich auf dem des Arbeitsvertrages, die Demokratie zu hemmen, vielleicht gar zu vernichten. Denn bei den zu erwartenden großen Kämpfen, die sich um die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf breiterer Grundlage drehen werden, handelt es sich in Wahrheit doch einzig um die Frage:

**Sollen die Arbeitsbedingungen auf demokratischer Grundlage vereinbart oder sollen sie auf absolutistischer Grundlage diktiert werden?**

Das ist die Frage. Es ist lebendig eine Frage der Macht. Ihre Entscheidung hängt ganz von den Machtverhältnissen der beiden sich gegenüberstehenden Gegner ab. Je mehr Schlagfertigkeit, je mehr Disziplin, und je mehr Finanzkraft die Arbeiterorganisation in sich schließt, um so mehr wird diese große Preisfrage der künftigen Kämpfe im Sinne der Demokratie entschieden werden. Wenn es darum im Ernst um die Weiterführung des demokratischen Prinzips zu tun ist, der kann gegen die Extrabeiträge nichts sagen; denn wer den Zweck will, darf auch das Mittel nicht scheuen.

Wir hoffen, durch diese Darlegungen noch manchen widerstrebenden Kollegen von der Notwendigkeit des Extrabeitrages überzeugt zu haben. Vielleicht ist uns das selbst in den Zweigvereinen gelungen, die da beschließen, den Beitrag nicht zu zahlen, und wenn es „zum Neuesten“ käme. Es gibt nur ein „Neuestes“ in unserer Organisation, und das ist die Absonderung vom Ganzen. So betäubend das nun auch wäre, so würde der Verband aber doch keinen Augenblick zögern dürfen, die Geschlossenheit selbst um den Preis des Verlustes des einen oder anderen Zweigvereins zu wahren. Diese innere Geschlossenheit ist der Lebensnerv jeder Organisation, auf die sie nie verzichten kann. Mit den Folgen eines solchen Schrittes haben sich die Beteiligten dann nach eigenem Gusto abzufinden. Schließlich wollen wir jedoch die feste Erwartung und den lebhaftesten Wunsch aussprechen, daß unserer Bewegung diese Schmach erspart bleiben möge, die nichts weiter als ein Caudium für die lauernden Gegner wäre. Möge die deutsche Manneskraft in den ihr bevorstehenden Kämpfen um das Recht der Arbeit einiger denn je zuvor dastehen und sich mit ihren alterproben und neugewonnenen Waffen ihren Weg bahnen — den Weg, der letzten Endes zur Überwindung des Klassenstaates führt!

**Die antisozialreformatorische Propaganda.**

Die seit dem Jahre 1882 entstandene reichs-gesellschaftliche Arbeiterversicherung stieß von Anfang an auf den grundsätzlichen Widerspruch sowohl der konservativen Parteien und des extrem-kapitalistischen Liberalismus, wie insbesondere auch der großen Masse des Unternehmertums. Schon als der Entwurf des ersten der vielfach so überschmächtig gerühmten „drei großen sozialen Gesetze“, des Krankenversicherungsgesetzes; den Reichstag beschäftigte, wurde von Seiten dieser Elemente gegen derartige Arbeiterfürsorge geltend gemacht, daß sie sehr bedenklich sei; sie sei geeignet, im Arbeiter „das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit zu schwächen“, die Arbeiter „von der Pflicht der Selbstsorge abzulenkten“, sie „gleichgültig und sorglos, gleichgültig und leichtsinnig“ zu machen, ihre „Arbeitswilligkeit zu beeinträchtigen“, der „Tausch und der Begehrlichkeit Vorstoß zu leisten“, „Stimulanten zu züchten“ — kurz, den Charakter der Arbeiter gründlich zu verderben. In verstärkter Maße traten diese friebolen Behauptungen hervor, als es sich um das Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes und später der Invaliditätsversicherung handelte. Noch hatte man nicht die geringsten Erfahrungen mit einem der drei Gesetze gemacht, und schon fand es für jene Elemente fest, daß die Arbeiter eine „schlechte Menschenjorte“ seien, durchaus danach geartet, mit dem ihnen zugedachten „Wohlfühlen“ einen „schlimmen Mißbrauch zu treiben“. Sodann fand sich fast in allen Jahresberichten der Unfallversicherungs-Vereinsvereine die Behauptung, daß die Arbeiter durch Gewährung des Reichsanspruches auf Entschädigung für durch Unfall im Betriebe erlittene Zerstörung oder Verminderung ihrer Erwerbsfähigkeit verleitet werden zur „Nachlässigkeit“, zum „Reichstum“, zur „Simulation“, ja selbst zur „vorsätzlichen Herbeiführung von Unfällen“, um Rente zu erlangen. Dieselbe Behauptung ist von den Zünftlern hauptsächlich von den Baugewerkszünftlern in ihren Organen und auf ihren „Tagen“ wie weh wie oft aufgestellt worden; auch im Reichstage haben Vertreter der antisozialreformatorischen Richtungen sie des öfteren aufgestellt.

Es kam hinzu das tendenziöse Gekammer der Ordnungspolitiker über die „Undankbarkeit der Arbeiter“, die man darin sah, daß die Arbeiter die ordnungspolitischen Erwartungen nicht erfüllten, die man an die Versicherungsgesetze geknüpft hatte; sie ließen sich durch dieses Stück gouvernementaler Sozialpolitik nicht verleiten, Stellung zu nehmen gegen die berechtigten Interessen ihrer eigenen Klasse; sie gingen, was man ihnen als „Pflicht der Dankbarkeit“ beigemessen, nicht mit fliegenden Fahnen in das Lager der Reaktion über, sondern sie traten in immer größeren Massen, wie die Reichstagswahlen und das Wachstum der freien gewerkschaftlichen Organisationen beweisen, auf die Seite der Sozialdemokratie, vor deren Einflüssen man sie begüten wollte.

Im Laufe der letzten Jahre sind die gleichmaßen gegen die Arbeiterversicherung wie gegen die Güte der Arbeiterklasse gerichteten Antriebe der Scharfmacherklasse immer stärker und rücksichtsloser hervorgetreten. Zunächst haben sie, wie wir kürzlich darlegten, die Befestigung des ihnen aufwärts-reibenden der Sozialreform gerichteten Bestrebungen im Wege stehenden Staatsrestriktions des Innern, Grafen Posadowsky, erreicht. Wir weisen in unserem mit dieser Tatsache sich beschäftigten Artikel darauf hin, daß die Scharfmacher und Geher vom Sturze dieses Staatsmannes das Gelingen ihrer schlechten Pläne erschaffen. Wie sehr das der Fall ist, zeigt sich immer mehr. Nur auf einige sehr charakteristische Pressäußerungen aus jüngster Zeit sei hier verwiesen.

Die konservative, „Schlesische Zeitung“ schrieb gleich nach dem Sturze Posadowskys folgendes: „Sozialpolitik ist, wenn einer bestimmt, daß ein zweiter einem dritten etwas schenkt, wofür dieser ihm nicht zu danken braucht, vielmehr das Recht hat, zu schimpfen, daß das alles noch zu wenig sei. Der erste, das ist der Gesetzgeber, der aus der eigenen Tasche das wenigste zuschiebt; der zweite, das ist der steuerzahlende Bürger, der den Schaden bezieht; der dritte ist der Arbeiter, der so gut wie keine Steuern zahlt.“

Wer die Sozialpolitik so in gefälliger Weise berunglimpft als eine vom Gesetzgeber auf Kosten der steuerzahlenden Bürger zu Gunsten der Arbeiter betriebene Ungerechtigkeits-, der verurteilt sie natürlich! Es stimmt die „Schles. Zeitung“ nicht, daß die Arbeiter selbst ihre direkten Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung zu leisten haben; daß ein guter Teil der Unfallentschädigungen sie belastet in der Form von den Krankenkassen aufzubehaltenden Verpflichtungen; daß der Reichszuschuß zu der Invaliditätsversicherung bestanden wird aus den enormen und ungerechten indirekten Steuern, die sie zu leisten verpflichtet sind; daß die Unternehmer ihre Beiträge zu den drei Versicherungen zahlen aus dem Ertrag der Arbeit der versicherten Arbeiter. Das konservative Blatt läßt, daß die Lasten der Versicherung auf dem steuerzahlenden Bürger ruhen und daß die Arbeiter von diesem ein „Geschenk“ erhalten. Also: weg mit der Arbeiterversicherung! Unsere Leser dürfen mit uns überzeugt sein, daß die „Schlesische Zeitung“ dem feindseligen

Geist, der die konservativen Parteien gegen die Arbeiterversicherung befeuert, Ausdruck gegeben hat.

In der Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ behandelt ein Dr. med. Wilhelm Müller das alte Thema von den „ethischen Schädigungen“, die die Arbeiterversicherung verursachen soll. Die Arbeiter werden zu „Verführern“; sie „simulieren oft die schlimmsten Dauerfolgen von Verletzungen“ um der Rente willen; die Versicherungsgesetze „züchten die Sorge um das liebe Ich und schwächen Willenskräfte und Pflichtbewußtsein der Arbeiter“. Und die böse Sozialdemokratie leistet dieser „Charakterverderbnis“ allen nur möglichen Vorstoß; ihre Presse „hebt die Versicherer an“ gegen die berufsgenossenschaftlichen Organe, die es doch „so gut mit den Arbeitern meinen“, insonderheit gegen die berufsgenossenschaftlichen Vertrauensräte, die „bekanntlich „immer Recht“ haben mit ihrer Beurteilung des Falles, obwohl die Erfahrung, insonderheit die Akten des Reichsversicherungsamts sehr dralisch in Tausenden von Fällen das Gegenteil beweisen.“ So versucht Dr. Müller, dessen Ausführungen von vielen bürgerlichen Blättern trilllos oder unter ausdrücklicher Zustimmung übernommen worden sind, nach altem Rezept die Arbeiterversicherung und die Arbeiter in Mißkredit zu bringen.

Dieselbe Tendenz hat ein Artikel der „Hamburger Nachrichten“, der von „einseitiger Sozialpolitik“ handelt und sehr bezeichnend an den Wechsel in der Stellung des Reichsamts des Innern anknüpft mit dem Bemerkten; dieser Wechsel habe „der Frage aktuelle Bedeutung gegeben, ob in der sozialpolitischen Gesetzgebung eine neue Phase beginnen oder ob im Laufe der letzten siebzehn Jahre fortgefahren werden soll“. Das bei keinem vernünftigen und ethischen Politiker das geringste Ansehen genießende Heftblatt sieht in der seitherigen Sozialpolitik eine „einseitige Arbeiterfürsorge auf Kosten gleichwertiger und höherer Interessen“ und fügt hinzu:

„Das Augenmaß, das die Arbeiterinteressen im Zusammenhang der wirtschaftlichen und staatlichen Gesamtinteressen richtig einschätzt, ist getrübt worden. Es wird eines harten, unbegabten Willens bedürfen, um zunächst bei weiteren Reformen die Schäden zu verhüten, die durch sozialpolitische Einseitigkeit angerichtet werden. Gebrochen sollte vor allem mit dem Grundsatz werden, daß Sozialpolitik getrieben werden muß ohne jede Rücksicht auf die Wirkungen, die sie zu Gunsten der sozial-revolutionären Propaganda ausübt. Eine sozialpolitische Gesetzgebung, die unter der Voraussetzung einer ungebührlichen Uebererschätzung der Arbeiterinteressen herbeiführt, droht auch fernhin stützende Kräfte und allgemeine zivilisatorische Potenzen zu beeinträchtigen, die für die volkswirtschaftliche Tätigkeit und das Staatswohl von unschätzbarem Wert sind.“

Es ist leicht zuzusehen den Zeilen zu lesen, was das Blatt mit diesen Ausführungen bezweckt: Unter dem Vorwande der „Notwendigkeit“, die „sozial-revolutionäre Propaganda“ zu bekämpfen, sollen wirkliche sozialpolitische Reformen nicht erfolgen. Die „Hamburger Nachrichten“ formen „eine gesunde maßhaltende Sozialpolitik“, die „nicht zu der Ansicht verführen darf, daß der Staat mit seinen realen Mitteln und Zwangsmitteln dazu da sei, den einzelnen die Vertriebung aller ihrer wesentlichen Lebensbedürfnisse sicher zu stellen und in erster Linie für die Fabrikarbeiterklasse einzutreten gegenüber dem Kapital und dem Unternehmertum“.

Es ist erhöht, zu behaupten, daß die seitherige Sozialpolitik dazu diene, den Arbeitern die „Vertriebung aller ihrer wesentlichen Lebensbedürfnisse zu sichern?“ Das ist denn doch ein beispiellos frecher Humbug! Und geübert wird dieser Schwundel noch dadurch, daß das Blatt fortfährt:

„Das führt in seinen praktischen Konsequenzen zu der materialistisch-sozialistischen Weltanschauung, wie sie von der Sozialdemokratie verkörpert wird; das erzeugt jene verkehrte Auffassung von der Natur des Staates, von dem Verhalte des Staates und zur „gerechten“ Verteilung der Güter. ... Eine allzweck getriebene Staatsfürsorge fördert einen Sozialismus, der die stillen Triebfedern und die wertvollsten Imponderabilien des Lebens gering schätzen läßt.“

Danach ist zu erkennen, was die „Hamburger Nachrichten“ unter „gesund“, „maßhaltender Sozialpolitik“ verstehen: eine Politik der rigordessen und gefälligen Zurückweisung jeder wirklichen sozialreformatorischen Gesetzgebung; ungebührliche Unterordnung, zwangsweise Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Interessen, die Vormundhaft; das „Wohlfühlen“ der herrschenden Klasse.

Das ist der neue sozialpolitische Kurs, den das Scharfmachertum erstrebt und vom Sturz Posadowskys erhofft; mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wird es auf die Erreichung dieses Zweckes hinarbeiten.

Damit aber ist eine ernste und ungemein eindringliche Mahnung an die Arbeiter gegeben:

Schaart Euch, Ihr Millionen, um das Banner der Sozialdemokratie und der freien gewerkschaftlichen Organisationsarbeit... Ihr mit Erfolg, von Sieg zu Sieg schreitend, kämpfen können für eure wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen!

Politische Umschau.

Vorurteilslose Würdigung der freien Gewerkschaften. Sehr vorteilhaft von sonstigen, christlichen "Auseinandersetzungen über die moderne Arbeiterbewegung...

Seit reichlich drei Jahrzehnten hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung einen glänzenden Siegeslauf gehalten. Mit unbegrenzter Gewißheit wird diese Gewerkschaftsbewegung alle anderen Organisationen überflügeln.

Die Opferfreudigkeit für seine Berufsinteressen, womit der Arbeiter alle anderen Stände beschämt, kann als ein Zeichen von Intelligenz und Solidarität betrachtet werden, als ein Stück praktischen Christentums...

Über die Kirch-Dunderschen und gelben Gewerkschaften äußert sich der Kritiker: "Die freisinnigen (Kirch-Dunderschen) Gewerkschaften zeigen, trotz ihrer günstigen Klassenverhältnisse bei ihrem Mangel an einheitlich gesellener Weltanschauung nicht die erhoffte Werbetraut und bleiben hinter den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften weit zurück..."

Wirdung und gute Sitte. Unter dieser Ueberschrift berührt der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker einen Artikel, in dem es heißt: "Es ist tatsächlich eine sogenannte Kinderkrankheit der modernen Arbeiterbewegung, bei jeder Gelegenheit möglichst langweilige, mit besonderer Kraft auszubrückende gesticulierte Reden zu halten..."

Welches Land hat die meisten Streiks? Wenn die vor Kurzem von der Norddeutschen Allgemeinen aufgestellte Behauptung in Deutschland nehme die Zahl der streikenden Arbeiter zu und es würde, Zugursstreits inzienier die Stimmung anarbeiten soll, der die Sozialpolitik von Regierungswegen zukünftig unterlegen wird...

"Gewinnungsschnüffelei". Unter dieser Ueberschrift wird der Berliner Volks-Zeitung aus den Kreisen der deutschen Gewerkschaften eine (Kirch-Dunders) eine Darlegung gemacht, die unersetzlich nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Es glauben zahllose Arbeitgeber berechtigt zu sein, dem abhängigen Arbeiter vorzuschreiben, für wen er seinen Stimmzettel abzugeben hat, wenn er Arbeit und Brot behalten will. Da ist das geheime Wahlrecht nur eine äußere Form, in Wirklichkeit herrscht auch heute noch auf dem Lande weit und breit die Diktatur der Ausübung dieses Wahlrechtes.

Wir müssen den Versuch, das hier in Rede stehende Verfahren mit der Gewinnungsschnüffelei und dem Gewinnungsterrorismus des Unternehmertums zu vergleichen, entfallen zurückweisen. Wenn die hierunterbreitig Mannheimer Straßenschnüffelei glauben, sie ihrer politischen Ueberzeugung und Ehre schuldig zu sein, frei und offen zu erklären, daß sie nicht sozialdemokratisch gewählt haben, wie kann man darin etwas Ungehöriges sehen, daß eine Zeitung von dieser freien und offenen Erklärung Notiz nimmt?

Was die geringsten Erhebungen anlangt, so haben auch sie mit Gewinnungsschnüffelei nichts gemein. Sie haben lediglich eine propagandistische Bedeutung; sie dienen zur Feststellung und Klärung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und politischer Partei. Erwägungen politischer Moral können gegen diese Praxis nicht geltend gemacht werden, wo es sich um Gewerkschaften handelt, die sich nicht zu absoluter Neutralität gegenüber der Sozialdemokratie bekennen, und die, ohne das sie terroristisch gegen nicht der Sozialdemokratie angehörende Mitglieder verfahren, von den gegnerischen Organisationen, auch von den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften, sowie von den bürgerlichen Parteien behändig als sozialdemokratische angegriffen werden.

Wenn eine Gefahr für das Wirtschaftsleben Deutschlands besteht, so droht sie nicht von den Arbeiterorganisationen, sondern von den Unternehmerverbänden. Die Gewerkschaftsführer drängen immerfort auf Verhandlungen mit den Unternehmern, bevor überhaupt ein Streik proklamiert wird. Entgegengelegte drängen Sekretäre der Unternehmerverbände mit fanatischem Eifer zur Ablehnung jeder Verhandlung, Nüchternemerkung der Arbeiterorganisationen und zeigen die Mitglieder der Arbeitgeberverbände zu immer größeren Ausprägungen auf.

Wenn eine Gefahr für das Wirtschaftsleben Deutschlands besteht, so droht sie nicht von den Arbeiterorganisationen, sondern von den Unternehmerverbänden. Die Gewerkschaftsführer drängen immerfort auf Verhandlungen mit den Unternehmern, bevor überhaupt ein Streik proklamiert wird. Entgegengelegte drängen Sekretäre der Unternehmerverbände mit fanatischem Eifer zur Ablehnung jeder Verhandlung, Nüchternemerkung der Arbeiterorganisationen und zeigen die Mitglieder der Arbeitgeberverbände zu immer größeren Ausprägungen auf.

Wenn eine Gefahr für das Wirtschaftsleben Deutschlands besteht, so droht sie nicht von den Arbeiterorganisationen, sondern von den Unternehmerverbänden. Die Gewerkschaftsführer drängen immerfort auf Verhandlungen mit den Unternehmern, bevor überhaupt ein Streik proklamiert wird. Entgegengelegte drängen Sekretäre der Unternehmerverbände mit fanatischem Eifer zur Ablehnung jeder Verhandlung, Nüchternemerkung der Arbeiterorganisationen und zeigen die Mitglieder der Arbeitgeberverbände zu immer größeren Ausprägungen auf.

Verfasser gruppiert die Zahlen der Streikteilnehmer und berechnet sie auf pro 1000 Erwerbstätige des betreffenden Landes nach der jeweils letzten Zählung. Da die amtlichen Erhebungen in den Ländern nicht in gleichen Zeiträumen und nicht nach demselben Schema vorgenommen werden, so ist Meyer genötigt, diesen Unterschieden durch Anmerkungen Rechnung zu tragen. Seine Zusammenstellung gestaltet sich wie folgt:

Table with 4 columns: Country, Period, Average number of strikers per 1000 workers, and Total number of strikers. Countries include Germany, Austria, France, Belgium, Italy, and North America.

Die stärkere Beteiligung der englischen erwerbstätigen Bevölkerung an Streiks gegenüber der deutschen ist das sozialpolitisch interessanteste Merkmal dieser Statistik. Allgemein herrscht die Meinung vor, in England mit seinen zahlreichen (freiwilligen) Einigungsämtern und seiner geringeren sozialdemokratischen Bewegung würde die Arbeiterkraft weniger von Streiks ergriffen als in Deutschland.

Herbergehoben zu werden verdient auch: in England stagniert die Mitgliederzahl der Trade-Unions seit 1900; dagegen hob sich die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland 1900-1904 von 680 427 auf 1 052 108. Wäre die Behauptung der Norddeutschen Allgemeinen zutreffend, so müßte die Mehrfache Zählung eine enorm stärkere Streikbeteiligung der deutschen Erwerbstätigen im Vergleich zu England ergeben, weil die amtliche "sozialdemokratischen Streikvereine" eine solchläufige Ausbreitung erfahren.

Table with 7 columns: Country, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905. Countries include Germany, Austria, France, Belgium, Italy, and England.

Die ausnahmsweise hohe Zahl in Deutschland für 1905 resultiert lediglich aus dem großen Ausbrennereinstreik mit 231 453 Beteiligten. Im übrigen bleibt Deutschland bezüglich der Zahl der Streikteilnehmer weit hinter den andern Ländern zurück. Die Behauptung der Sozialdemokratischen Allgemeinen, daß die Zahl der Streikteilnehmer in Deutschland die geringste Ausbreitung" im Jahr 1905 waren nur bis 50 Arbeiter beteiligt. Da in diesem Zeitraum die Gewerkschaften die bedeutendste Ausbreitung erfahren, hat die Arbeiterorganisation nicht die Wirtschaftskämpfe vorbereitet, sondern eingekränkt.

Das geht auch hervor aus einer von Meyer mitgeteilten, auf Veranlassung des Deutschen Handeltages veranstalteten Streikzählung für die Periode 1864 bis Mai 1873. Diese Statistik wurde zu dem Zweck veranstaltet, Material gegen das 1869 gewählte Vereinsrecht (Gewerkschaftsgesetz) zu sammeln. Die Zählung ergab, daß damals 1/3 der Streiks mehr als 50 Teilnehmer hatten. Der Umfang der Einzelstreiks war demnach damals erheblich größer als 1900/1904.

Ganz anders sieht es mit den Ausprägungen aus. Dieses von den Generalsekretären der Unternehmerverbände besonders lebhaft propagierte Kampfmittel hat in Deutschland eine gemaltige Ausbreitung erfahren.

Wenn eine Gefahr für das Wirtschaftsleben Deutschlands besteht, so droht sie nicht von den Arbeiterorganisationen, sondern von den Unternehmerverbänden. Die Gewerkschaftsführer drängen immerfort auf Verhandlungen mit den Unternehmern, bevor überhaupt ein Streik proklamiert wird. Entgegengelegte drängen Sekretäre der Unternehmerverbände mit fanatischem Eifer zur Ablehnung jeder Verhandlung, Nüchternemerkung der Arbeiterorganisationen und zeigen die Mitglieder der Arbeitgeberverbände zu immer größeren Ausprägungen auf.

Ausländische Arbeiter. Der Gewerbeverein der christlichen Bergleute in Kothingen hat an den Reichstagsler eine Eingabe gerichtet. Sie befinden sich im Auslande und beschwerten sich nun darüber, daß die Grubenbesitzer ausländische Arbeiter heranziehen, um die Streikenden niederzuzwingen. Der Reichstagsler soll diesen unaufrichtigen Wettbewerb verhindern. Wir werden auf diese Angelegenheit in nächster Nummer unseres Blattes zurückkommen und dabei sehr interessante Auslassungen eines bürgerlichen Blattes beibringen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrten, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

- Deutschland:
Maurer:
Hansastädte:
Hamburg; Kirchwärdler (Streik), Ochsenwärdler (Sperrten über Blecker, Neber in Spatenland und Mint in Moorfleth), Lübbecke (Differenzen);















Sien führen werden. Dieser Ueberzeugung können wir uns um so mehr hingeben, als sich der Kampf für unsere Kollegen in Berlin Tag für Tag günstiger gestaltet.

Werden. In der Versammlung am 22. Juni wurde beschlossen, nach Verbrauch des jetzigen Markenbestandes einen Vorkaufslauf von 10. J zu erheben.

Witten. In der am 21. Juli abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen: Die heutige Versammlung hält den Kampf des Berliner Baugewerbes für sehr notwendig.

Zeit. Am 20. Juli tagte hier eine gutbesuchte öffentliche Maurerverammlung, in der auf vielseitiges Verlangen Kollege Koch aus Leipzig referierte.

Schweiz. Der Verband der Maurer und Sandlanger in der Schweiz hält am 31. August und 1. September seinen ersten Verbandstag in Bern ab.

Zentralkrankenkasse. (Grundkreis zur Einigkeit.)

In der Woche vom 21. Juli bis 27. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von den brüderlichen Verwaltungen in Jagnid M. 600, Gamburg 500, Ranzow 400, Besur 200, Schwerin i. M. 200, Gutzhang 178,15, Düsseldorf 150, Rawilsh 150, Golsow 110,80, Prenzlau 100, Groß-Biegenort 100, Zeterow 100, Erfner 90, Miered 80, Schönhausen a. d. E. 78,01, Wölken 50, Altembrunlar 50, Eberhögen 50, Straßburg i. d. N. M. 20, Summa M. 3206,96.

Zuschüsse erhielten: Königsberg i. Pr. M. 200, Magdeburg 200, Mühlent. i. M. 200, Hannover 200, Eising 100, Gandschuhheim 100, Groß-Neuendorf 100, Cassel 100, Genthin 100, Forst i. d. Lausitz 100, Butter a. Warenberg 50, Summa M. 1450. Aktion a. den 27. Juli 1907. Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Vochum. Am Neubau der elektrischen Zentrale an der Freigrafbahn — Unternehmer Altenhödel — verunglückte am 21. Juli der Bauarbeiter Friedr. Frank; er erlitt schwere innere Verletzungen, die seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machten.

Freitag, den 19. Juli, Vormittags nach 9 Uhr, stürzte an einem vom Baugeschäft Hofmeister-Brod erbauten Neubau an der Dachauerstraße ein Teil eines Gerüstes ein und riß vier Mann in die Tiefe.

Donnerstag, den 18. Juli, stürzte an dem Neubau der Hofmüllerei in Ebing bei Dortmund eine 12 bis 13 m lange und 2 1/2 m hohe Wand ein.

Freitag, den 12. Juli, stürzte an dem Neubau der Hofmüllerei in Ebing bei Dortmund eine 12 bis 13 m lange und 2 1/2 m hohe Wand ein.

Freitag, den 12. Juli, stürzte an dem Neubau der Hofmüllerei in Ebing bei Dortmund eine 12 bis 13 m lange und 2 1/2 m hohe Wand ein.

Freitag, den 12. Juli, stürzte an dem Neubau der Hofmüllerei in Ebing bei Dortmund eine 12 bis 13 m lange und 2 1/2 m hohe Wand ein.

Freitag, den 12. Juli, stürzte an dem Neubau der Hofmüllerei in Ebing bei Dortmund eine 12 bis 13 m lange und 2 1/2 m hohe Wand ein.

lehsting Schneberg der seine Finger der rechten Hand dadurch schwer verletzt, daß er den Motor zum Materialtransport bedienen mußte und hierbei in das Fördergeriet. Der Verletzte, der das Alter von 16 Jahren noch nicht erreicht hat, soll vom Folier des genannten Baues an diese gefährliche Arbeit gestellt worden sein.

Das Gerüst wurde gleich wieder aufgebaut, aber sehr mangelhaft. Die Streichhölzer sind die reinsten Föhnhölzer, und außerdem ist das Binden sehr mangelhaft ausgeführt.

Am 18. Juli ein Baumfall, indem ein Gerüst umfiel, wodurch die darauf beschäftigten Arbeiter leicht verletzt wurden. Das Gerüst wurde gleich wieder aufgebaut, aber sehr mangelhaft.

Am 26. Juli ein Baumfall, indem ein Gerüst umfiel, wodurch die darauf beschäftigten Arbeiter leicht verletzt wurden. Das Gerüst wurde gleich wieder aufgebaut, aber sehr mangelhaft.

Entdeckungen der Baugewerkszeitung.

Die Kontrolle der Bauten durch Arbeiter dienen soll — ein sozialdemokratisches Zugeständnis. Wir haben stets hervorgehoben, daß die seitens der Sozialdemokratie unablässig in schärfster, radikalster Form verlangte Einführung der Bautenkontrolle durch Arbeiter die Ausbreitung der sozialdemokratischen Machtpolitik unter den Bauarbeitern zum Gegenstande habe.

Der „Volkswille“ Organ für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung der Provinz Hannover, berichtet in Nr. 130 vom 7. Juni 1907 über eine am Dienstag, den 2. September Monats, in „Bieberbruns Hotel“ zu Hannover abgehaltene Versammlung der Maler, Lackierer usw., in welcher „Genoss.“ Weisner über: Die Notwendigkeit des Bau- und Werkstättenbegleitetensystems und die allgemeine Bautenkontrolle sprach.

Das diesem kürzlich Schwag zu Grunde liegt, geht aus einer Erklärung des Kollegen Weisner hervor, die wir hier abdrucken: Von den auf den Bauarbeiterausführungsgewissen und von den Organisationen im Baugewerbe geforderten Bautenkontrollen, die als öffentliche Bauteile zu fungieren hätten, habe ich überhaupt nicht gesprochen.

Aufgabe dieser Baulegitimen ist es nicht, die am Bau vorhandenen Mängel der Behörde anzuzeigen, sondern die Durchführung der gesetzlichen Schutzmaßnahmen, die durch Polizeiverordnung betr. Schutz der Arbeiter bei Bauten eingeführt sind, durch persönliche Maßnahme mit dem Arbeiter oder dem Meister zu erreichen.



preussischen Vereinsgesetzes, die am 25. Juli vor dem Saftengericht in Brandenburg a. d. S. verhandelt wurde.

Verchiedenes.

Warnung vor dem Seemannsberuf! Seelen! Arbeiter! Eltern von Arbeiterkindern! Nach dem Streik der seemannischen Arbeiter im Nord- und Ostseegebiet...

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Suttigart, Paul Singer), Heft 43 des 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Kapitalistische Kultur. - Zur Kulturfrage. Von Gustav Gellert. - Die Erneuerung Schwedens. Von Wilhelm Jansson. - „Wahrschicksel“ in Sachsen. Von Hermann Fleischer. - Der Kampf ums Breitenwahlrecht. Von Franz Kläber. - Zur mecklenburgischen Verfassungsreform. Von F. Starckson. - Bergbauliche Notizen. Von Otto Hübs (Essen-Ruhr).

ist in der Hauptsache die Wiedergabe des Referats, das der Verfasser, bekanntlich ein ehemaliger bremischer Lehrer, auf dem Wahlmännerparteiabend zum Thema „Volksregierung und Sozialdemokratie“ gehalten hat.

Der Kampf um die Sonntagsruhe im Handelsgetriebe. Schritt 7 des Centralverbandes der Handlungsgehülften und -Schülferinnen Deutschlands (Stg. Hamburg). 32 Seiten. Gratis zu beziehen vom Hauptbureau des Verbandes, Hamburg 1, Besenbinderhof 57.

Die Alkoholfrage und ihre Lösung. Von Dr. Georg Kefersheim. Verlag Deutscher Arbeiterabteilbündens, J. Michaelis, Berlin S 42, Luisenauer 55. Preis 10 A.

Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage. Von Dr. Georg Kefersheim. Verlag Deutscher Arbeiterabteilbündens, J. Michaelis. Berlin S 42, Luisenauer 55. Preis 20 A.

Der Neue Weltkalendar für das Jahr 1908. Verlag von Alter & Co., Hamburg. Preis 40 A, bei Einzelbezug sind 10 A für Porto mit einzuladen.

Briefkasten.

Essen, G. Wir müssen wiederholt darauf hinweisen, daß wir nicht wegen eines jeden unwahren Wortes, das in der „Baugenossenschaft“ geschrieben wird, lange Entgegnungen aufnehmen können; das würde denn doch gar zu weit führen.

Milheim a. d. R., W. L. Die Frage ist viel zu allgemein gehalten, als daß sie sich so ohne weiteres beantworten ließe. Es hat wohl zu allen Zeiten gewerkschaftliche Organisationen gegeben, wenn sich auch ihre Formen und Ziele oft änderten; auch die Mittel waren weiter nichts als gewerkschaftliche Organisationen.

Schneeberg, P. Sch. Die gemeldete Sperre wird, ebenso wie die anderen, nach vier Wochen gestrichen, wenn wir keinen Bericht darüber erhalten.

Poppelsdorf, G. Der „Grundstein“ wird hier regelmäßig jede Woche am Mittwochsorgen zur Post gegeben; er müßte also auch bei richtiger Beförderung ebenso regelmäßig dort eintreffen. Wenn das nicht der Fall ist, so läßt vielleicht eine Verweigerung bei der dortigen Postanstalt Minderung eintreten.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Bezirksstellen, oder Sektionsvorstände angenommen, Geschäftsanzeigen sind ausgenommen.

Sterbetafel. (Amier dieser Pubertit veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 A.) Dresden. Am 20. Juli starb unser Verbandskollege Alois Gerson im Alter von 25 Jahren infolge Unfalls. ...

Annaberg. Die Adresse des Kassierers ist jetzt Eduard Irnich, Kleine Sommerleite 30, 1. St. Augsburg. Der Vorsitzende Anton März wohnt jetzt Jakobstraße 11 65, 4. St. Wiesenburg. Die Adresse unseres neugewählten Vorsitzenden ist jetzt: Louis Ulrich, Schlamau 5, Wiesenburg.

Augsburg. Der Maurer Ernst Trommer (nicht Sommer, wie in voriger Nummer) Verb.-Nr. 354 500, wird gebeten, erschaftlich halber seine Adresse an den Kollegen Ernst Sommer, Ostlan, gelangen zu lassen. Köln. Kollegen, die den Aufenthalt des Mitgliedes Curt Hoffmann aus Reig, Verb.-Nr. 355 586, kennen, werden gebeten, dem Unterszeichneten sofort seine Adresse mitzutheilen.

Hamburg. Die Kollegen Hoppner, Skerat, Bliemeister, Luckmann vom Bau Behrend & Helms werden aufgefordert, ihr Vorkorbgehalt abzugeben oder ihre Adresse an H. Helms einzusenden. Hamburg 22, Schützenhof 3, bei Dredmann.

Aufforderung. Die Kollegen Walter Hoffmann, geb. zu Deichen (Prob. Sothen) und Paul Tanger, geb. zu Dreilügow in Mecklenburg-Schwerin, werden aufgefordert, die Verbandsbücher der Kollegen Alex Clement, Karl Faint und Karl König, die ihnen zwecks Abmeldung übergeben worden sind, an den Zweigverein Bremerhaven gelangen zu lassen. Zweigvereinsvorstand Bremerhaven. J. A.: Stemann, Deich Nr. 10.

Bramstedt. Sonntag, den 4. August 1907. Fünftes Stiftungsfest im Lokale des Herrn H. Severi, bestehend in Ball und Verlosung. Alle Kollegen von Bramstedt und Umgebung werden hierzu freundlichst eingeladen.

Cunnersdorf i. Schl. Sonntag, den 11. August, Nachmittags 5 Uhr: Siebtes Stiftungsfest unter Mitwirkung des Arbeitergefangenenvereins. Alle Kollegen werden erucht, das Fest zu besuchen.

Mirow. Sonntag, den 11. August, Nachm. 4 Uhr: Sommervergüngen im Lokale des Herrn Carl Rendler. Sämtliche Kollegen des Zweigvereins werden hiermit freundlichst eingeladen.

Neustettin. Sonntag, den 10. August, Nachm. 6 Uhr: Sommervergüngen im Hotel von O. Reinko, bestehend in Kinderbelustigungen und Ball. Sämtliche Mitglieder unseres Zweigvereins werden hiermit freundlichst eingeladen.

Veranstaltungs-Anzeiger.

- Verbandsversammlungen der Maurer. Coburg. Jeden ersten Sonntag im Monat. Mitglieder sind mitzubringen. Sonntag, den 4. August. Dreetz. Nachm. 2 Uhr bei Hilbert. F. D.: Sommervergüngen. Gewerkschaftliches. Verchiedenes. Prankenhausen (Kyffh.). Nachm. 3 1/2 Uhr im „Vorbereitungsraum“. Salzwedel. Nachm. 3 Uhr „Für deutsche Erde“. F. D.: Was bedeutet unsere Parteigründung? Referat anwesend. Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Wismann in Purtschlag. Züllichau. Nachm. 3 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Dienstag, den 6. August. Berlin. (Vorfahrt) am 6. Bei Baeder, Weberstr. 17. Organisationsvereine mitbringen! Abends 7 Uhr im „Hofensöden“. Mitglieder sind mitzubringen. Forst. Abends 7 Uhr. Torgau. Mittwoch, den 7. August. Guben. Abends 7 Uhr bei Stein. Mitglieder sind mitzubringen. Wittenberg. Abends 7 Uhr bei Litzo. Donnerstag, den 8. August. Glogau. Abends 7 1/2 Uhr im „Matschker“. Wäcker mitbringen. Spandau. Abends 7 1/2 Uhr bei Kante, Schönwalderstr. 80. Mitglieder sind legitimiert. Sonnabend, den 10. August. Nürnberg. (Sektion der Pflegeteiler) Abends 8 Uhr im Café Metz. Sonntag, den 11. August. Werder a. d. H. Nachm. 3 Uhr bei Koch. Zentral-Krankenkasse der Maurer usw. Sonntag, den 4. August. Luckenwalde bei G. Lehmann, Stiftstraße. Montag, den 5. August. Rixdorf. Abends 7 1/2 Uhr bei Großer, Kirchstr. 46. F. D.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Sonntag, den 11. August. Berlin. Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. F. D.: 1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Verchiedenes. Mitglieder sind legitimiert. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Alter & Co. in Hamburg.